

## Landtagswahl gelaufen – was nun?

# „Der Polizei den Rücken stärken“

Ein Kommentar von Thomas Nommensen,  
stellvertretender Landesvorsitzender

Nach einem für alle Beteiligten mehr oder minder überraschenden Wahlsieg der CDU bei den Landtagswahlen am 7. Mai wird es absehbar zu einem Wechsel der Landesregierung und damit auch des Innenministers kommen. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses für diese Ausgabe hat der scheidende Ministerpräsident Torsten Albig (SPD), der neben dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Ralf Stegner zu den großen Verlierern der Wahl gehört, nach einigem Zögern und Zaudern das Handtuch geworfen und angekündigt, dass er sich komplett aus der Landespolitik zurückziehen und sogar sein Landtagsmandat nicht antreten werde.

Alles deutet derzeit auf eine sogenannte „Jamaika“-Koalition

on aus CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen hin, die das Land zukünftig regieren wird.

Derzeit (Mitte Mai) laufen die diesbezüglichen Sondierungsgespräche zwischen den Parteien und es wird taktiert, um sich die beste Ausgangsposition für Koalitionsverhandlungen sowie natürlich die Wunschministerposten im zukünftigen Kabinett zu sichern. Gänzlich auszuschließen, wenn auch extrem unwahrscheinlich, sind auch eine Ampelkoalition aus SPD, FDP und Grünen oder eine große Koalition aus CDU und SPD nicht. Aber alles andere als ein Bündnis von CDU, FDP und Grünen wäre nicht nur ein kleines Wunder, sondern auch eine Missachtung des Wählerwillens.

Zu erwarten ist, dass bei „Jamaika“ die Mehrheitsführerin CDU das Innenministerium beanspruchen wird – immerhin zählt die Innere Sicherheit zu den Kernkompetenzen der Christdemokraten. Ganz gleich, ob die CDU den für das Schattenkabinett von Spitzenkandidat Daniel Günther benannten ehemaligen Amtsinhaber Klaus Schlie erneut als „Polizeiminister“ ins Rennen schickt, der langjährige Innenpolitiker und CDU-MdL Dr. Axel Bernstein



> Landtag an der Kieler Förde

den Zuschlag bekommt oder gar ein bis dato Unbekannter auf den Ministersessel gehievt wird: Es brechen für die Landespolizei spannende Zeiten an!

Die CDU hat in den letzten Jahren als vormalige Oppositionspartei oftmals berechtigt Noch-IM Stefan Studt (SPD) kritisiert und in ihrem Wahlprogramm zahlreiche Versprechungen gemacht, was man bei der Inneren Sicherheit und der Landespolizei alles besser machen will (siehe hierzu POLIZEISPIEGEL April 2017, Landeszeitung S-H).

Die DPoIG wird wachsam beobachten, wie konsequent und zügig die Dinge tatsächlich umgesetzt werden und wo es womöglich hakt, weil die mit starken Wahlergebnissen ausgestatteten selbstbewussten Koalitionspartner in manchen

Punkten bremsen. Der DPoIG-Landesvorstand wird auch mit der neuen Hausspitze des Innenministeriums sowie den Fraktionen im Landtag das konstruktive Gespräch suchen. Das Mindeste, worauf zu dringen sein wird, ist die Kontinuität des neuen Ministers bei der Umsetzung des von Stefan Studt im Februar 2016 präsentierten „Perspektivpapiers“. Abstriche bei den Zusagen zu Personalaufbau, Aufgabenreduzierung, Beförderungs- und Ausstattungspaketen sowie manchem mehr wären keinesfalls akzeptabel. Wir werden gespannt im Auge behalten, wie es der CDU darüber hinaus gelingen wird, ihr allerorts plakatiertes Wahlversprechen **„Der Polizei den Rücken stärken“** sowie manche andere Ankündigungen umzusetzen!

### Impressum:

Redaktion:  
Thomas Nommensen (v. i. S. d. P.)  
Muhliusstraße 65  
24103 Kiel  
Tel. 0171.2745289  
E-Mail: thomasnommensen@aol.com

Landesgeschäftsstelle:  
Muhliusstraße 65  
24103 Kiel  
Tel. 0431.2109662  
Fax 0431.38671061

Internet: [www.dpolg-sh.de](http://www.dpolg-sh.de)  
E-Mail: [dpolg-sh@t-online.de](mailto:dpolg-sh@t-online.de)

DPoIG S-H bei facebook:  
[www.facebook.com/dpolg-sh](http://www.facebook.com/dpolg-sh)



ISSN 0937-4841

## DPoIG fordert: Mehr Qualität bei Einsatzverpflegung

# „Ohne Mampf kein Kampf“

Wer regelmäßig in geschlossenen Einsätzen unterwegs ist, kennt die sogenannten „Verpflegungsbeutel“ zur Genüge. Sie sind immer wieder eine

Überraschung und gerne genommener Gesprächsstoff unter Einsatzkräften. Die Zusammensetzung soll ja unter fachkundiger Aufsicht ernäh-

rungsphysiologisch sinnvoll erfolgen. Ab einer voraussichtlichen Einsatzdauer von mehr als sechs Stunden sollen Einsatzkräfte in geschlossenen



Einsätzen „zentral mit Nahrungsmitteln zur Aufrechterhaltung der körperlichen Einsatzfähigkeit und aus gesundheitlichen Gründen“ versorgt werden.

Hierfür steht der sagenhafte Betrag von 5 Euro zur Verfügung.

Da wissen wir alle, dass das Fleisch und die Wurst nicht aus regionaler und artgerechter Tierhaltung stammen können und auch das Obst in der Regel nicht „Bio“ sein kann. Das ist vielleicht auch nicht der Anspruch aller Kolleginnen und Kollegen im Einsatz, aber eine „ordentliche“ Verpflegung der Einsatzkräfte ist ein Akt der Wertschätzung. Und wir alle wissen, dass man in bestimm-

ten Einsätzen auch mal froh ist, schnell mal einen Apfel essen zu können, ohne dass Gelegenheit ist, diesen zu waschen oder zu schälen, sondern ihn einfach mal schnell an der Einsatzanzugshose abzuwischen. Da wäre es schon gut zu wissen, dass die Schale nicht einer chemischen Keule gleicht.

Die Damen und Herren in der Polizeiküche können nichts dafür, sie versuchen im Rahmen des Möglichen immer etwas Ordentliches in den Beutel zu packen. Und wer mit 5 Euro kalkulieren muss, ist in der Auswahl der Lebensmittel eingeschränkt, Preis geht im Zweifel vor Qualität.

Nun waren Bündnis 90/Die Grünen eine ganze Legislatur-



© Erwin Lorenzen/Pixelio.de

periode an der Regierung und hatten einige „tolle“ Ideen, was man mit der Polizei alles so anstellen kann. Im Wahlkampf posierte die Spitzenkandidatin Monika Heinold mit einem Bund Möhren und dem Slogan „Mit Biss für Bio und bezahlbar“.

Man kümmerte sich um vegane Gerichte in der Landtagskantine, für eine ordentliche Einsatzverpflegung der Polizei war wohl weder Geld noch Interesse vorhanden. Die DPolG fordert einen ordentlichen Qualitätssprung bei der Einsatzverpflegung. Die Deckelung auf

5 Euro gehört weg. Polizistinnen und Polizisten, die mehrstündige Einsätze unter schwierigsten Bedingungen abzuleisten haben, müssen anständig versorgt werden. Der Verpflegungsbeutel in der jetzigen Form ist ein Relikt der 80er. Der vegetarische Beutel unterscheidet sich häufig nur dadurch, dass das Würstchen durch eine Banane ersetzt wird.

Deshalb fordert die DPolG: Mehr Qualität in den Einsatzbeutel!

*Torsten Gronau,  
Landesvorsitzender*

## Zentralisierung von Videowagen der Landespolizei schwächt angeblich die Verkehrsüberwachung nicht – wie geht das?

Wir erinnern uns – ausschließlich vor dem Hintergrund des politisch angeordneten und vermeintlich alternativlosen Stellenabbaus im öffentlichen Dienst zur Einhaltung der „Schuldenbremse“ sollte noch unlängst auch die Polizei des Landes ihren Teil an der Konsolidierung beitragen.

Zwar wusste schon damals eigentlich jeder, dass diese seit Jahren völlig unterbesetzt war – sogar die zurückhaltend ermittelte strategische Lücke wurde allgemein anerkannt. Zu Recht wies der Landespolizeidirektor sogar auf weiteren Personalbedarf für neue Aufgaben hin.

Und erstmals in der Polizeigeschichte des Landes bekannten sich neben uns Gewerkschaftlern sämtliche Behördenleiter auch öffentlich zu offensichtlich bestehenden erheblichen Personalmangelproblemen.

Doch vernünftige Argumente von Fachleuten verhallten erneut ungehört.

Daher wurden letztlich vom LPA drei Bereiche stringent vorgeben, in denen allein man das dennoch geforderte Einsparpotenzial herausholen zu können hoffte:

- > Wasserschutzpolizei
- > IT-Wesen sowie
- > spezialisierte Verkehrs-sicherheitsarbeit

Sind schon diese Vorgaben und Auswahl fragwürdig, ist insbesondere eine einhergehende Einschränkung der wesent-

lichen Aufgaben der polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit absolut unerklärlich. Die stets noch wachsenden Zahlenwerke der jährlichen Verkehrssicherheitsberichte des Landespolizeiamtes zählen offenbar nicht? Oder wird erneut der geringe Stellenwert der polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit herausgestellt? Dass die gute Arbeit der Kolleginnen und Kollegen auf den Videowagen, die Bekämpfung der Aggressionsdelikte im Straßenverkehr mit den Schwerpunkten Auslastung und Ergebnisse, erneut untersucht wurde und Zentralisie-

rung/Reduzierung als vermeintliches Allheilmittel wieder erhalten muss, ist schlimm genug.

Dabei wurde aber zudem eine Zusammenführung aller Videowagen an nur noch zwei Standorten (Neumünster und Bad Oldesloe mit insgesamt weniger Fahrzeugen und weniger Personal) vorgesehen. Die sehr unterschiedlichen Strukturen in einem Flächenland wurden einmal mehr nicht bedacht. Soll heißen, auch im Westen und Norden – und nicht nur auf den Autobahnen – bedarf es selbstverständlich weiter der konsequenten Bekämpfung von Aggressionsdelikten im Straßenverkehr und damit der Ausstattung mit Fahrzeugen und Fachpersonal.



Traurig genug und einmal mehr ein deutliches Zeichen der fehlenden Anerkennung schutzpolizeilicher Arbeit und Leistungen in der spezialisierten Verkehrsüberwachung! Dann kam die „Flüchtlingskrise“ mit allem, was damit verbunden ist. Und plötzlich ist allen klar, was immer offenbar war: Die Landespolizei muss verstärkt werden! Die angeordneten Überprüfungen wären eigentlich erledigt. Doch „Schnee von gestern“ ist das alles trotz der späten

Einsichten leider nicht. Denn die unter diesen Zwängen vermeintlich erkannten Umsteuerungspotenziale werden jetzt als Arbeitsergebnisse einer internen Arbeitsgruppe in einem



„qualitätsgesicherten Prozess“ zu einer neuen Schwerpunktsetzung der Verkehrssicherheitsarbeit der Landespolizei dargestellt. Angeblich im kommenden Sommer soll endgültig

entschieden werden. Es bleibt zu hoffen, dass fachliche Vernunft sich einmal durchsetzt. Die Forderung der DPoIG ist eindeutig und der Öffentlichkeit über unseren Landesvorsitzenden Torsten Gronau bereits vermittelt: Die bisherige dezentrale Organisation ist für die Kontrolldichte und den gewünschten Erfolg entscheidend und muss beibehalten werden!

*Gerhard Kath/  
Jochen Einfeldt*

## Schwertransportbegleitung

# Unterstützung durch Angestellte und Entlastung für die Polizei – aber zu welchem Preis?

Im ersten Halbjahr 2016 wurden landesweit fünfzehn Beschäftigte zur Entlastung der Polizei eingestellt. Sie sollen überwiegend zur Begleitung und Abarbeitung von Großraum- und Schwertransporten eingesetzt werden. Aufgrund ihrer tariflichen Eingruppierung müssen sie zusammen mit Polizeibeamten/-innen fahren.

© Claudia Hautumm/Pixelio.de



In weiten Teilen des Landes scheint es auch zu einer deutlichen Entlastung der Vollzugskräfte gekommen zu sein.

Die Beschäftigten sind zu Hilfsbeamten der Polizei nach § 10 POG bestellt. Durch Lehrgänge

sind sie befähigt worden, die anfallenden Aufgaben im Rahmen der Begleitung abzuarbeiten.

Die Arbeitszeitanteile, die nicht für die Begleitung von Schwertransporten gebraucht

werden, sollen in anderen Bereichen der Verkehrsüberwachung erbracht werden – hier überwiegend bei der Geschwindigkeitsüberwachung.

Trotz dieser Entlastungen gibt es aber auch schwerwiegende Nachteile.

Die Begleitungen werden grundsätzlich in gemischten Besetzungen gefahren. Das heißt, eine Vollzugskraft fährt mit einem Beschäftigten. Beide sind zwar nahezu gleich bekleidet, die Befugnisse gehen aber weit auseinander.

Und nicht nur die Befugnisse, sondern auch die Verpflichtungen sind andere. Polizeivollzugsbeamte/-innen unterliegen dem Strafverfolgungszwang mit der sich daraus ergebenden Gefahr einer Strafvereitelung im Amt bei Nichtbeachtung. Auch bei der Gefahrenabwehr hat eine Vollzugskraft eine Garantienstellung.

Bei einer erkannten Gefahr und/oder Straftat muss auch

der Kollege/die Kollegin, der/die mit einem Beschäftigten unterwegs ist, tätig werden – ohne Unterstützung einer Vollzugskraft.

Die Kollegen/-innen handeln also zur Nachtzeit alleine. Vor dem Hintergrund der Schließung kleiner Dienststellen mit einer Begründung der fehlenden Eigensicherung ist dies ein unhaltbarer Zustand.

Die DPoIG fordert langfristig die Privatisierung der Begleitung von Großraum- und Schwertransporten.

Um eine kurzfristige Entlastung bis dahin zu erreichen, sollten die Angestellten so eingruppiert werden, dass sie die Begleitung eigenständig durchführen können. Hierzu sollten den bereits eingearbeiteten Beschäftigten weitere Angestellte zur Seite gestellt werden, um den Vollzug weitestgehend aus der Begleitung herausnehmen zu können.

*Sven-Erik Haase,  
Kreisverband Itzehoe*



## Bundesjugendkongress

Am 19. und 20. April 2017 wurde der alle fünf Jahre in Stuttgart stattfindende Bundesjugendkongress der JUNGEN POLIZEI veranstaltet.

### ■ Bundesjugendkongress – Was ist das?

Der Bundesjugendkongress ist das oberste Organ der JUNGEN POLIZEI und hat unter anderem als Aufgabe, die Grundsätze für die Arbeit der JUNGEN POLIZEI festzulegen und den Erfahrungsaustausch der Mitgliedsverbände der JUNGEN POLIZEI zu fördern. Unser Landesverband konnte zwei Delegierte zum Kongress entsenden. Zum einen waren dies der langjährige Landesjugendleiter der JUNGEN POLIZEI in S-H, Ingmar Volz, sowie sein Nachfolger Markus Müller.

Des Weiteren stand die Entlastung der bisherigen Bundesjugendleitung unter Führung von Daniel Jungwirth und die Wahl einer neuen Bundesjugendleitung auf dem Programm. In einer Kampfabstimmung konnte sich hierbei Michael Haug gegen Astrid Schiffbäumer durchsetzen. Die neue Bundesjugendleitung ist ein Sinnbild für eine zeitgemäße Berufsvertretung und setzt sich paritätisch

aus je drei Frauen und Männern zusammen. Die neue Bundesjugendleitung bekam ein volles Aufgabenheft mit an die Hand. Insgesamt wurde über 31 eingereichte Anträge entschieden, die als Arbeitsgrundlage für die nächsten fünf Jahre dienen. Unser Landesverband reichte insgesamt vier Anträge ein. Zum einen war dies der Antrag, dass im polizeilichen Informationssystem wieder Opferschutz vor Täterschutz gelten muss. So soll die JUNGE POLIZEI in politischen Gremien darauf hinwirken, dass Infektionskrankheiten wieder klar benannt werden und nicht einfach der Hinweis „ANSTECKUNGSGEFAHR“ erscheint. Im Einzelfall ist man hier auf die Auskunftsfreudigkeit unseres polizeilichen Gegenübers angewiesen, was zu einer Handlungsunsicherheit beim weiteren Durchführen von polizeilichen Maßnahmen führen kann.

Weitere Anträge waren die Hinwirkung auf die verlässliche

Übertragung der erzielten Tarifiergebnisse im öffentlichen Dienst auf die Beamtenschaft, der Antrag auf die Nutzung von Synergieeffekte im Beschaffungswesen im föderalen System der Bundesrepublik und der Ausbau von Videoüberwachung auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen und dies selbstverständlich im Einklang mit einem zeitgemäßen Datenschutz. Aus den anderen Landesverbänden gingen Anträge zu einer verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zum interaktiven Streifenwagen sowie Anträge zur Einführung einer Ballungs- und Verdichtungsraumzulage ein, welche auch viele Beamte in Schleswig-Holstein betreffen würde.

Alle genannten Anträge wurden mit großer Mehrheit genehmigt.

### ■ Rückblick

In einer emotionalen Rede verabschiedete Michael Haug den scheidenden Bundesjugend-

leiter Daniel Jungwirth. Unter Daniel Jungwirth wurde die JUNGE POLIZEI zu neuen Höhen geführt und erfährt mittlerweile eine nie dagewesene Beachtung in Politik, Medien und in der Kollegenschaft. Die Einführung der DPolG-App und des Freund und Helfers sind hierbei wohl die bekanntesten Errungenschaften, welche unter der Führung von Daniel Jungwirth und seinem 1. Vertreter Michael Haug erarbeitet worden sind.

Im öffentlichen Teil des Bundesjugendkongresses stand eine unterhaltsames Politduell mit den Vertretern von SPD, CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen auf dem Programm. Die Öffentlichkeitsveranstaltung stand unter dem Motto „Erkennen – Handeln – Verändern: Wir gestalten Zukunft“.

In einem vorab übersandten Grußwort bedankte sich der Bundesinnenminister Thomas de Maizière bei der JUNGEN POLIZEI für den seit fast 60 Jahren geleisteten Beitrag für die Fortentwicklung der Polizeiarbeit. Des Weiteren bleibe die JUNGE POLIZEI auch in der Zukunft ein wichtiger Partner bei der Gestaltung selbiger.

Die JUNGE Polizei kann auf einen erfolgreichen Bundesjugendkongress zurückblicken und man darf gespannt auf die ersten Arbeitsergebnisse und Ideen der neuen Bundesjugendleitung sein.

*Markus Müller,  
Landesjugendleiter*



> Die neue Bundesjugendleitung der JUNGEN POLIZEI